



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

16. Januar 2020

Seite 1 von 1

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2944

A18

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 15. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der o.g. Sitzung hatte ich zu TOP 3 (Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) angekündigt, den Ausschuss über die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Gespräche auf Bundesebene zu informieren, sobald Ergebnisse vorliegen.

In der Anlage beigelegt erhalten Sie mein Pressestatement vom heutigen Tage, das Ihnen und den weiteren Mitgliedern des Ausschusses vereinbarungsgemäß ausschließlich elektronisch übermittelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

Düsseldorf, 16. Januar 2020

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Pressestatement zur Einigung über den Kohleausstieg

16. Januar 2020 um 11.00 Uhr im MWIDE

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

es ist jetzt fast genau ein Jahr her, seitdem ich Ihnen zusammen mit dem Ministerpräsidenten die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorstellen konnte. Nun hat die Bundesregierung sich mit den Ministerpräsidenten der Kohleländer und den Tagebau- und Kraftwerksbetreibern auf die Umsetzung einigen können.

Die jetzt beschlossene Reduzierung und Beendigung der Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken ist eine historische Entscheidung für unser Land.

Nordrhein-Westfalen wird damit zum Vorreiter des Kohleausstiegs in Deutschland.

Mit der Umsetzung der Beschlüsse können wir den CO₂-Ausstoß aus der Kohleverstromung in Nordrhein-Westfalen um bis zu 70 Prozent bis zum Jahr 2030 reduzieren. Mit diesem erheblichen Beitrag zum Klimaschutz werden wir unserer großen Verantwortung gerecht.

Diese überfällige Entscheidung gibt den vielen Betroffenen in Nordrhein-Westfalen Gewissheit, wie es für sie weitergeht: Sie ist daher eine gute Nachricht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen, für die Industrie, die Kommunen und für Wirtschaft und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Und sie eröffnet auch Chancen für neue Beschäftigung in zukunftssicheren, innovativen Branchen.

Die Beschlüsse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, der ich für das Land Nordrhein-Westfalen mitberatend angehörte, werden Eins zu Eins umgesetzt. Wichtigen Forderungen wird Rechnung getragen. Das ist auch deshalb wichtig, weil so große, langfristig wirksame Veränderungen nur im gesellschaftlichen Konsens gelingen können.

Denn der Kohleausstieg ist für das Energieland und Industrieland Nummer eins in Deutschland eine Zäsur. Er stellt eine gewaltige Herausforderung dar und eröffnet die

Chance, etwas Neues aufzubauen und uns als innovatives und klimafreundliches Industrie- und Dienstleistungsland neu zu erfinden.

Das sind die Hauptpunkte der in der vergangenen Nacht getroffenen Vereinbarung:

Der Westen geht beim Kohleausstieg voran: Unser Land wird in den ersten Jahren bis 2023 allein die Last tragen und Kraftwerkskapazitäten im Umfang von annähernd 3 Gigawatt Leistung abbauen. Das entspricht etwa einem Drittel der derzeit vorhandenen Leistung.

Bis 2030 wird das zweite Drittel der Braunkohle-Kraftwerksleistung im Rheinischen Revier vom Netz gehen. Dadurch werden die CO₂-Emissionen aus der Kohleverstromung in Nordrhein-Westfalen um 70 Prozent oder mehr reduziert.

Ab 2030 bleiben allein die modernsten und effizientesten BoA-Blöcke am Netz. Sie werden die Versorgung mit sicherer, bezahlbarer und umweltverträglicher Energie bis zum Ausstieg sicherstellen.

Der auf RWE entfallende Abbau von Kraftwerkskapazitäten und das Enddatum 2038 vermindern den Bedarf an Braunkohle in Relation zur rot-grünen Leitentscheidung aus 2016 in deutlichem Umfang.

Daher kann der Forderung der Umweltverbände nach dem Erhalt des Hambacher Forstes Rechnung getragen werden.

Zur Sicherung der Energieversorgung hat sich die Bundesregierung mit den Unternehmen darauf verständigt, den Tagebau Garzweiler II weiterzuführen, wie in der Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung 2016 festgelegt. Dennoch prüfen wir nun die Möglichkeit, die Anrainerkommunen des Tagebaus Garzweiler besserzustellen, weil weniger Braunkohle benötigt wird.

Um im Übergang in die Zeit nach der Kohle Energie möglichst klimafreundlich und sicher bereitzustellen, wird auch Datteln 4 Teil der Lösung sein. Der Bund hat gemäß WSBK eine Verhandlungslösung zur Nichtinbetriebnahme gesucht und dabei festgestellt, dass in diesem Falle per Saldo weniger CO₂ eingespart, zugleich aber hohe Entschädigungen gezahlt werden müssten. Das wäre klima- und haushaltspolitisch der falsche Weg.

Daher sehen wir in der jetzt erreichten Lösung einen Sieg der Vernunft: Es ist klimapolitisch klug, die modernsten, effizientesten Kraftwerke bis zuletzt laufen zu lassen und so einen zusätzlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele und zur Versorgungssicherheit zu leisten.

Zusätzlich könnten durch die Einbindung von Datteln 4 in den Fernwärmeverbund für das mittlere Ruhrgebiet rund 100.000 Haushalte sehr effizient mit Fernwärme versorgt und so mehrere alte Anlagen im Wärmebereich ersetzt werden. Das schafft weiteres Potenzial für eine deutliche CO₂-Reduzierung.

Unter dem Strich passt dieses Tableau bestens zur Energieversorgungsstrategie, die wir im vergangenen Sommer vorgestellt haben.

Der steilere Ausstiegspfad führt im Gegenzug auch zu höheren Entschädigungen des Bundes für die Kraftwerksbetreiber. Diese stellen sicher, dass RWE die nötigen Umplanungen ebenso finanzieren kann wie die Rekultivierung der Tagebaue und dafür Rückstellungen bilden kann.

Diese Entschädigungen werden ergänzt um die Mittel für den sozialverträglichen Abbau der Arbeitsplätze. Das ist selbstverständlich, schließlich hat die Politik den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen und übernimmt so Verantwortung. Das schafft Sicherheit und Klarheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tagebauen und Kraftwerken und eröffnet ihnen eine verlässliche Perspektive.

Auch die Kohleregionen erhalten nun mehr Sicherheit, dass die auf 20 Jahre angelegten Strukturhilfen fließen und nicht nach Kassenlage in Frage gestellt werden können. Die Entscheidungen schaffen nun den Rahmen für die Region, das mit allen Beteiligten im Rheinischen Revier entwickelte Strukturprogramm umzusetzen.

Wie sie wissen, wollen wir Nordrhein-Westfalen zum modernsten und umweltfreundlichsten Industriestandort in Europa weiterentwickeln. Darauf haben wir uns im industriepolitischen Leitbild mit allen Akteuren verständigt. Dieses Leitbild bildet den Rahmen, um dies nun im Rheinischen Revier als Modellregion anzupacken.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg könnte eine Helmholtz-Institut für die moderne Wasserstoffwirtschaft werden, an dem wir in Jülich bereits arbeiten.

Damit hätten wir einen weiteren Baustein für ein Zentrum für „Future Chemistry/Industry“. Dort entwickeln wir die zukünftige Chemie einschließlich Kraft- und Brennstoffe auf Basis von grüner Energie und arbeiten an Lösungen zur Bereitstellung von Wasserstoff für die energieintensive Industrie.

Zusammengefasst:

- Die Einigung ist ein historischer Durchbruch für den Klimaschutz.
- Der Westen geht voran, er trägt in den zwanziger Jahren die Hauptlast beim Kohleausstieg und leistet damit einen herausragenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Deshalb gibt es höhere Entschädigungen für die Energieunternehmen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tagebauen und Kraftwerken erhalten eine sichere und verlässliche Perspektive.
- Bürgerinnen und Bürger wie Kommunen im Rheinischen Revier erhalten die Sicherheit, dass die Strukturmittel für die Weiterentwicklung zur klimafreundliche Modellregion für Versorgungs- und Ressourcensicherheit fließen.
- Der Hambacher Forst kann erhalten werden und wir prüfen die Möglichkeit, die Anrainerkommunen von Garzweiler mit größeren Abständen zum Tagebau zu entlasten.

- Tempo ist gefordert! Wir krepeln die Ärmel hoch, denn es gibt viel zu tun: Wir müssen den Ausbau von Erneuerbaren Energien, Netzen und modernen Speichern forcieren und gerade der energieintensiven Industrie klimafreundliche, sichere, bezahlbaren Strom bereitstellen.
- Und es gilt den bereits eingeleiteten Neustart mit einer Fülle von innovativen Projekten zu beschleunigen, um das Rheinische Revier zu einer Vorzeigeregion für die Wirtschaft im klimafreundlichen Umbau weiterzuentwickeln.